

Blick in wir unser Milizsystem

Uni-Fach Gemeinderat!

Fast jeder zweite unter 35 hat keine Ahnung, wie die Schweiz funktioniert. Jetzt geben Politiker Gegensteuer. Schüler und Lehrlinge sollen Staatskunde büffeln. Und Unis Lehrgänge für Gemeinderäte anbieten.



1 / 8

Die Geschwister Lorena (l.) und Livia Matzinger aus Rafz ZH: Lorena sagt: «Ich verbringe meine Freizeit viel lieber anders. Nach der Arbeit in irgendeinem Gemeindebüro zu sitzen und... [Mehr lesen](#)

Das Schweizer Milizsystem ist in der Krise. **Jede zweite Gemeinde hat Mühe, Kandidaten für den Gemeinderat zu finden, wie BLICK am Montag publik machte.** Neue Zahlen zeigen nun: Die Lokalpolitik hat ein Problem mit der Überalterung. Vielen Gemeindebehörden fehlt der Nachwuchs.



Curdin Derungs, Leiter der «Promo-Studie» von der HTW Chur. Er sagt: «Unsere Studie zeigt, dass politische Bildung in der Schweiz zu kurz kommt.» zvg

In Zahlen ausgedrückt: 2017 war nur jeder 18. Gemeinderat ein junger Erwachsener – also unter 35 Jahre alt. Dies zeigt eine Befragung der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur unter 1000 jungen Erwachsenen und 600 Gemeinden. 70 Prozent der Gemeinden gaben an, dass sie Mühe bei der Rekrutierung von unter 35-Jährigen haben. Die Jungen würden sich schlicht nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Daten stammen aus dem Forschungsprojekt Promo 35 zum Thema Nachwuchsförderungen und liegen BLICK exklusiv vor.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist politisch ungebildet

Die **Studie** benennt auch die Gründe für die Politikverdrossenheit: Die Jungen trauen sich das Amt nicht zu. 44 Prozent gaben an, gar keine Ahnung von Politik zu haben. Und weitere 22 Prozent sagten, sie hätten zu wenig Wissen über Politik, damit sie ein Amt ausüben könnten. Basisfragen wie beispielsweise nach den alltäglichen Aufgaben eines Gemeinderates konnten zwei von drei Befragten nicht beantworten. «Das ist fatal. Unsere Studie zeigt, dass politische Bildung in der Schweiz zu kurz kommt», sagt Studienleiter Curdin Derungs.

Die Botschaft ist in der Politik angekommen. Verschiedene Exponenten haben Initiativen im Köcher, um das Problem anzugehen. Pierre Maudet (40), Wirtschaftsminister des Kantons Genf, letztjähriger Bundesratskandidat und BLICK-Kolumnist, nimmt nicht nur die Schulen, sondern auch die lokalen Parteien in die Pflicht. Sie sollten aktiver werden und junge Erwachsene für ein Gemeindeamt motivieren.

Für jene, die sich interessieren, fordert er bessere Unterstützung. Konkret: Maudet schlägt einen Uni-Lehrgang für angehende Politiker vor. Die Matura ist kein Zulassungskriterium, Engagement reicht – so wäre fehlendes Wissen keine Ausrede mehr. Die Studenten könnten in speziellen Kursen an der Uni das Handwerk eines Gemeinderates erlernen. «Das Milizsystem ist unter Druck. Wir brauchen in Zukunft Leute, die sich für die Politik einsetzen.»



Dem Genfer Sicherheits- und Wirtschaftsminister Pierre Maudet (40) schwebt ein Uni-Lehrgang für interessierte Erwachsene vor. SALVATORE DI NOLFI

Noch mehr an der Basis will SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (33) ansetzen. Internationale Studien hätten schon vor Jahren gezeigt, dass die Mehrheit der jungen Schweizer politisch ungebildet sei. «Getan hat sich aber nichts. Und jetzt haben wir die Quittung», kritisiert sie.

Berufsschulen sollen Geld vom Staat erhalten

Nun fordert sie eine Bildungsoffensive. Das Ziel ihrer parlamentarischen Initiative: Der Bund soll die politische Bildung in den Berufsschulen finanziell unterstützen. «Wenn die Lehrlinge politische Zusammenhänge verstehen, werden





Monika Waldis, Leiterin der Politischen Bildung an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz. Für sie sind drei Stunden Unterricht in Geschichte, Geografie und Staatskunde zu wenig. zvg

sie vermehrt abstimmen und übernehmen auch eher ein Amt in der Gemeinde», ist Masshardt überzeugt.

Auch für die Volksschule schlägt die Bernerin Reformen vor. Denn: Im Gegensatz zum Tessin und der Romandie gibt es in der Deutschschw

eiz bis heute keinen Kanton, der Staatskunde als eigenes Fach ausweist. Masshardt fordert: «Staatskunde soll ein eigenständiges Fach in der Mittel- und Oberstufe werden.»



Sp-Nationalrätin Nadine Masshardt fordert: «Pflichtfach Staatskunde».

GAETAN BALLY

Ihr Anliegen dürfte keinen einfachen Stand haben. Mit dem Lehrplan 21 wurde Staatskunde gerade erst in das Fach Geschichte und Geografie integriert. Drei Stunden Unterricht sind für diese riesigen Fachgebiete pro Woche vorgesehen. «Zu wenig», findet Monika Waldis, Leiterin des Bereichs Politische Bildung an der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz. Nun müssten andere in die Bresche springen: «Deutschlehrer können ihren Beitrag leisten, indem sie politisches Argumentieren lehren.»

In der Schweiz gibt es zu wenig Milizpolitiker
«Die Doppelbelastung ist enorm»

02:35

Publiziert am 24.04.2018 | Aktualisiert vor 19 Minuten

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

Kantonale Wahlen GE Nur Pierre Maudet im ersten Wahlgang gewählt

Genfer folgt auf Berner Pierre Maudet ist oberster Justizdirektor

BLICK-Kolumnist Pierre Maudet warnt vor brutalen Trends Gewalt wird jünger, weiblicher und brutaler

BLICK-Kolumnist Pierre Maudet über moderne Mobilität und den Genfer Autosalon Auf Richtung Autosalon, vorwärts im 21. Jahrhundert!

BLICK-Kolumnist Pierre Maudet Vielleicht hilft uns ja Trump

In der Schweiz gibt es zu wenig Milizpolitiker
«Die Doppelbelastung ist enorm»

02:35

TOP-VIDEOS



Gegner gerät wegen Traumtreffer in Abstiegssumpf
FCZ-Youngster erzielt freches Anstoss-Tor



Australischer Zoo zeigt 57-Kilo-Schlange
Diese Monster-Python frisst ausschliesslich Ziegen



Horror-Szenen nach Fan-Randale
Südafrika-Chaoten verprügeln wehrlosen Security!



Ladendiebin in flagranti erwischt
Diese Frau hat ganz schön die Hosen voll



Adelas Testosteron-Machos bei Tele Zappin
So tanzen und stinken nur wahre Piraten



Thailänder hat Glück im Unglück
Riesiges Metallteil verfehlt Autofahrer nur knapp

Was meinen Sie dazu? Schreiben Sie einen Kommentar

Schreiben Sie hier Ihren Kommentar...

Sie haben noch **500** Zeichen übrig.

KOMMENTIEREN